

„Wählen Sie Gesundheit“

KZVB-VV hofft auf politischen Neuanfang im Bund

Die Vertreterversammlung (VV) der KZVB sieht in der vorgezogenen Bundestagswahl die Chance zu einem Neuanfang in der Gesundheitspolitik. Und der ist aus Sicht der Delegierten dringend erforderlich. Denn Noch-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hinterlasse „eine verheerende Bilanz“.

So viel Einigkeit war selten! Fast alle 30 Beschlüsse der VV Ende November wurden einstimmig verabschiedet – von A wie Anlagerichtlinien bis Z wie Zulassungsbeschränkungen. Auch in den Diskussionen gab es nur in Detailfragen unterschiedliche Auffassungen. „Um wieder mehr junge Kolleginnen und Kollegen für die Gründung oder Übernahme einer Praxis zu begeistern, müssen planwirtschaftliche Steuerungsinstrumente wie die Budgetierung abgeschafft werden. Die Wiedereinführung von Zulassungsbeschränkungen in überversorgten Regionen ist der falsche Weg. Dies zeigt der Blick in die Humanmedizin, wo der Ärztemangel in einigen Regionen und Fachrichtungen bereits dramatisch ist“, betonte der VV-Vorsitzende Dr. Jürgen Welsch. Die VV begrüßte ausdrücklich die Kampagne „Wählen Sie Gesundheit“, die der Vorstand bereits gestartet hat. Ziel ist es, die Patienten über den Zusammenhang zwischen politischen Entscheidungen und dem Erhalt einer qualitativ hochwertigen, wohnortnahen zahnmedizinischen Versorgung zu informieren. Die Kampagne soll bis zur Wahl fortgeführt werden, heißt es in einem Antrag, der auf große Zustimmung bei den Delegierten stieß.

Dr. Rüdiger Schott, Vorsitzender des Vorstands der KZVB, erinnerte an sein Grußwort anlässlich der Eröffnung des Bayerischen Zahnärztetages am 24. Oktober. „Vielleicht ist Lauterbach weg, ehe die elektronische Patientenakte kommt“, habe er damals gesagt (siehe BZB 11/2024). Er habe nicht damit gerechnet, dass es so schnell gehe. Der größte Fehler des Bundesgesundheitsministers sei es gewesen, eine Politik gegen die Selbstverwaltung

Starkes Signal an die Politik: Die Vertreterversammlung der KZVB verabschiedete rund 30 Beschlüsse, die auch Forderungen an die künftige Bundesregierung enthalten.

zu machen. „Wir haben Dutzende von Verbesserungsvorschlägen gemacht. Gehört wurden wir nicht. Der oder die Neue im Bundesgesundheitsministerium steht vor einer Herkulesaufgabe. Wenn die Politik ein Praxissterben verhindern will, braucht es nach der Wahl ein Sofortprogramm. Die Eckpunkte dafür findet Lauterbachs Nachfolger auf der Website kzvb.de/bundestagswahl“, so Schott.

Dr. Marion Teichmann, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands, sieht in der Wahl ebenfalls die Chance zu einem Neuanfang. Zwar sei es in Bayern gelungen, Budgetüberschreitungen und Honorarkürzungen zu vermeiden. Dennoch hätten die derzeitigen politischen Rahmenbedingungen eine „abschreckende Wirkung“ auf den Nachwuchs, der sich „in die Anstellung flüchte“. Sie engagiere sich in der Selbstverwaltung, weil sie an die Zukunft der Freiberuflichkeit glaube. Deutschland verliere derzeit in vielen Bereichen an Wettbewerbsfähigkeit. Bei der medizinischen und zahnmedizinischen Versorgung gehöre das Land noch zur Weltspitze. „Ich bin stolz darauf, dass man bei uns die soziale Herkunft nicht am Gebisszustand erkennt. Wenn das so bleiben soll, muss unsere Arbeit aber wertgeschätzt und angemessen honoriert werden. Für be-

grenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben“, so Teichmann.

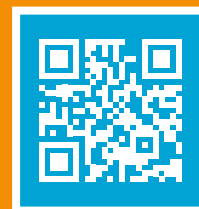
Dr. Jens Kober, Mitglied des Vorstands, stellte die gleichmäßige Verteilung der Zahnärzte in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Diese sei unter anderem durch die Expansion investorenfinanzierter Medizininischer Versorgungszentren gefährdet, die sich nahezu ausschließlich in Großstädten ansiedelten. „Jeder junge Zahnarzt, der sich für die Anstellung in einem MVZ entscheidet, fehlt uns als Gründer oder Übernehmer einer Landpraxis“, so Kober. Die KZVB stelle sich der Herausforderung „Sicherung der wohnortnahen Versorgung“ und habe dafür unter anderem ein Niederlassungsradar entwickelt, werde aber durch politische Fehlentscheidungen ausgebremst. Zahnärzte im ländlichen Raum hätten tendenziell mehr gesetzlich versicherte Patienten und seien von Lauterbachs Spargesetzen besonders betroffen. „Landzahnarztprogramme“ und andere Subventionen hält Kober für den falschen Weg. Stattdessen brauche es eine „Weiterentwicklung der Gebührenordnungen“ und einen echten Bürokratieabbau.

Leo Hofmeier



MTA *Fertig Spritzen*

Ready to use



MTA New Products

NEU



Cumdente.
dental solutions

MTA *Ready to use* endlich punktgenaue Applikation

- höchste Biokompatibilität
- sofortige bakteriendichte Obturation
- fördert die Weichgewebsregeneration
- verwächst mit dem Dentin
- anhaltend bakterizid

